



Ornithologische Arbeitsgemeinschaft für Schleswig-Holstein und Hamburg e.V.

AG Geobotanik



Allgemeiner Deutscher Fahrrad-Club
Landesverband Schleswig-Holstein



Bürgerinitiative Pro-Kaki für ein gesundes Kaltenkirchen e.V.



Offener Brief des „Bündnis Wald“

Neumünster, den 15. Juni 2006

An den
Ministerpräsidenten des
Landes Schleswig-Holstein
Peter Harry Carstensen
Staatskanzlei
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Zukunft des Landeswaldes

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,

mit großer Sorge verfolgen wir die Bestrebungen der Landesregierung, die Landesforsten zu verkaufen oder zu einer vornehmlich privatwirtschaftlich organisierten Betriebsform umzuorganisieren. Diese Pläne werden dem besonderen Stellenwert des landeseigenen Waldes nicht gerecht.

Der Landeswald kommt den Ansprüchen der Erholungssuchenden durch ein umfangreiches und gepflegtes Wegenetz und andere infrastrukturelle Leistungen auf hohem Niveau entgegen – in einem Touristikland wie Schleswig-Holstein eine sicherlich nicht zu vernachlässigende Form der Wirtschaftsförderung. In den landeseigenen Wäldern werden Naturschutzmaßnahmen wie die Einrichtung von

Naturwaldflächen, Natura 2000-Gebieten und Altholzinseln umgesetzt, wie sie der privaten Waldwirtschaft nicht im gleichen Umfang zugemutet werden können. Überdies sehen sich die Forstmitarbeiter vielerorts in der Pflicht, Aufgaben der Umweltpädagogik nicht nur zu unterstützen, sondern sie auch mittels Waldführungen, Lehrpfaden u.a. aktiv zu betreiben. Nicht zu vergessen ist auch das jährliche Kontingent an Neuwaldbildung, das durch die Landesforstverwaltung geschaffen wird.

Unbestritten verursachen diese Aufgaben Kosten. Doch selbst der für diese besonderen Leistungen vom Landeshaushalt aufzubringende Zuschuss von etwa fünf Millionen Euro jährlich würde, umgerechnet auf die Bürger unseres Landes, pro Kopf noch nicht einmal zwei Euro betragen. Sollte uns das der Staatswald nicht wert sein?

Die Vorbildfunktion in den Bereichen Naturschutz, Erholung und Umweltbildung würde bei einer Privatisierung auf einen Schlag beendet sein. Auch im Falle einer Umorganisation der Landesforst in beispielsweise eine Anstalt öffentlichen Rechts droht den Gemeinwohlbelangen angesichts des Zwangs zur intensiven Holzproduktion eine deutliche Reduktion. Umweltschutz, Waldpädagogik und Erholungsnutzung würden, da sie keinen wirtschaftlichen Gewinn abwerfen, trotz ihrer volkswirtschaftlichen Unentbehrlichkeit nur noch im gesetzlich erforderlichem Maß stattfinden.

Der existenziell marktwirtschaftlich orientierte Privatwaldbesitz kann diesen Verlust nicht kompensieren, müsste für alle über die gesetzlichen Anforderungen hinausreichenden Leistungen Ausgleichszahlungen verlangen – was sich für das Land finanziell wohl kaum rechnen dürfte.

Einer derartigen Entwicklung stellen wir uns als *Bündnis Wald* entschieden entgegen. Eine Vernachlässigung der Naturschutz- und Wohlfahrtsbelange in den Landesforsten ist gesellschaftspolitisch nicht zu verantworten. Wir verkennen dabei nicht die Pflicht der Landesforstverwaltung, aufgrund der angespannten Haushaltslage auch künftig Einsparpotentiale zu nutzen. Dieser Aufgabe hat sie sich, durchaus mit Erfolg, in den vergangenen Jahren gestellt. Auch vor diesem Hintergrund erscheint es nicht gerechtfertigt, die Landesforst als geldverschlingenden Moloch hinzustellen, wie es manche Interessenvertreter nur allzu gerne tun.

Wir möchten die Landesregierung in aller Deutlichkeit an ihre Pflichten erinnern, die sich aus der bestehenden Rechtslage ergeben: Im Staatswald stehen die Umwelt- und Erholungsfunktionen an erster Stelle, nicht eine rein ökonomisch ausgerichtete Produktion forstwirtschaftlicher Erzeugnisse, wie das Bundesverfassungsgericht bereits 1990 festgestellt hat. Dieser rechtlichen Vorgabe darf sich das Land nicht entziehen, zumal die ökonomischen Vorteile der diskutierten Maßnahmen keineswegs gesichert wären!

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, wir bitten Sie eindringlich, von jeder Entwicklung Abstand zu nehmen, die den Abbau der gemeinwohlbezogenen Leistungen im Landeswald – sei es durch Verkauf, sei es durch Umstrukturierungsmaßnahmen – zur Folge hätte.

Andere Bundesländer wie Hessen, Niedersachsen und Saarland haben sich nach anfänglich kontroverser Debatte letztendlich doch entschlossen, sich zu ihrem Waldbesitz zu bekennen und sich den damit verbundenen außerordentlichen

Verpflichtungen der Gesellschaft gegenüber auch in finanzieller Hinsicht zu stellen.
Gerade im waldärmsten Flächenland Deutschlands sollte dies erst recht geboten sein!

Als Mitglieder des *Bündnis Wald* sind wir zuversichtlich, dass nach Vorlage und Diskussion der Prüfaufträge die politische Entscheidung für eine gesicherte Zukunft des landeseigenen Waldes in seiner besonderen Aufgabe und damit für die Natur und die Menschen dieses Landes ausfallen wird.

Diese und weitere Punkte zum Themenkomplex „Landeswald“ würden wir auch gerne in einem Gespräch mit Ihnen vertiefen.

Mit freundlichen Grüßen



Allgemeiner Deutscher Fahrradclub ADFC
Birgit Kloppenburg



Arbeitsgemeinschaft AG Geobotanik
Prof. Klaus Dierßen



Arbeitsgemeinschaft Naturnahe Jagd AGNJ
Helmut Neu



Bürgerinitiative Baum sucht Pate
Anja Freibusch



Bürgerinitiative Pro Kaltenkirchen Pro-Kaki
Reinhard Bundschuh



Bund Deutscher Forstleute BDF
Hans Jacobs

S. Macht-Baumgarten

BUND Landesverband Schleswig-Holstein
Sibylle Macht-Baumgarten

K. Repenning

Deutsche Waldjugend, Landesverband Nord
Karsten Repenning

Ulrich Irmeler

Faunistisch-Ökologische Arbeitsgemeinschaft FÖAG
Dr. Ulrich Irmeler

Gerhard Gollnest
Fritz-Rüdiger Kiesel

Handelshaus Gollnest und Kiesel
Gerhard Gollnest und Fritz-Rüdiger Kiesel

Peter Weidel

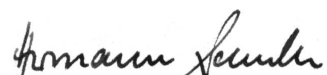
Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt IG BAU
Peter Weidel

Hans Dieter Martens

Landesverband Eulen-Schutz in Schleswig-Holstein e.V.
Hans Dieter Martens

Volkher Looft

Landesnatschutzverband Schleswig-Holstein e.V.
Volkher Looft



NABU Schleswig-Holstein
Hermann Schultz



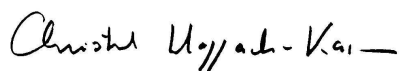
Naturfreunde Deutschland, Landesverband Schleswig-Holstein
Dieter Reese



Ornithologische Arbeitsgemeinschaft für Schleswig-Holstein und Hamburg OAG
Bernd Hälterlein



Projektgruppe Seeadlerschutz Schleswig-Holstein
Prof. Dr. Rainer Kollmann



Schutzgemeinschaft Deutscher Wald SDW
Dr. Christel Happach-Kasan



Unabhängiges Kuratorium Landschaft Schleswig-Holstein UKLSH
Dr. Kuno Brehm



Vereinigung der Freizeitreiter und -Fahrer
Helle Thomsen



WWF Deutschland
Thomas Neumann